

Bildungspolitik

Aufstieg durch Bildung. Aufbruch in die Bildungsrepublik

0. Inhalt

1. Aufbruch in die Bildungsrepublik
2. Frühkindliche Bildung und Erziehung
3. Vielfalt der Lernwege – kein Abschluss ohne Anschluss
4. Sprachkompetenz – fordern und fördern
5. Berufliche Bildung, Berufseinstieg und Weiterbildung
6. Talentschmiede Deutschland

1. Aufbruch in die Bildungsrepublik

Bildung ist die Voraussetzung für Freiheit und Wohlstand. Bildung versetzt Menschen in die Lage, Verantwortung zu übernehmen und solidarisch zu leben. Vor 60 Jahren, am Beginn der Sozialen Marktwirtschaft, hat Ludwig Erhard ein mutiges Versprechen gegeben: "Wohlstand für alle". Er wusste, wer den Menschen ihre Freiheit lässt, schafft Wohlstand. Freiheit ist die Triebfeder, Leistung der Maßstab. Für die CDU gilt: Leistung soll entscheiden, nicht Herkunft. Aufstieg durch Bildung lautet das Ziel.

"Wohlstand für alle" heißt heute "Bildung für alle". Deshalb will die CDU die Bundesrepublik noch stärker als bisher zu einer Bildungsrepublik machen. Die unionsgeführte Bundesregierung hat seit 2005 Bildung, Forschung und Entwicklung konsequent ins Zentrum der Politik gerückt. Mit der massiven BAföG-Erhöhung, dem Hochschulpakt, der Exzellenzinitiative, der Hightech-Strategie, mit dem Pakt für Forschung sowie mit zusätzlich insgesamt 11 Milliarden Euro für Bildung und Forschung im "Pakt für Deutschland" ist ein klares Signal für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise gesetzt. Deutschland hat alle Chancen, gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Bildungschancen sind Lebenschancen. Es ist gerechter und sinnvoller, in Bildung und Weiterbildung zu investieren, als zu versuchen, durch soziale Transferleistungen Fehlentwicklungen auszugleichen oder zu korrigieren. Oft scheitert der Versuch. Dann wird die Abhängigkeit umso größer, Vertrauen zerstört und Hoffnungslosigkeit verwaltert. Bildung dagegen schafft die Voraussetzung, damit sich jeder seinen eigenen Wohlstand erarbeiten kann.

Ein Blick auf Deutschland zeigt: Überall dort, wo konsequent Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur ausgebaut und in Forschung investiert wurde, wurden die meisten Erfolge erzielt. Die Antwort auf die Frage, wie wir in Zukunft eine lebenswerte Gesellschaft bewahren können und womit wir künftig unser Geld verdienen, hängt maßgeblich von der Qualität unserer Schulen, Hochschulen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten ab.

Bildung in Deutschland hat viele starke Seiten. Beim Anteil junger Menschen, die eine Lehre erfolgreich abschließen oder eine Hochschulreife erwerben, liegt Deutschland im internationalen Vergleich an der Spitze. Unser berufliches Bildungssystem bringt die meisten jungen Menschen direkt nach der Lehre in den Beruf. In den vergangenen Jahren wurden Bildungswege geöffnet und stärker von den Abschlüssen entkoppelt. Immer mehr Wege führen zur Hochschulreife, viele über die berufliche Bildung. Ein Viertel der Studienanfänger verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Von 2000 bis 2006 haben sich deutsche Schüler bei den internationalen PISA-Studien auf Platz 8 verbessert. Die besten deutschen Schüler liegen in der internationalen Spitzengruppe.

Die CDU versteht Bildung umfassend. Sie reicht von der Förderung in den frühen Jahren bis zur allgemeinen beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildung. Die CDU will Bildung von Anfang an und ein Leben lang. Deshalb gilt es Bildung in allen ihren Facetten stärken. Der Bildungsgipfel am 22. Oktober 2008 in Dresden war das Signal für den Aufbruch in die Bildungsrepublik. Bessere Bildung für alle von Anfang an, Vielfalt statt Einheitsschule, mehr Durchlässigkeit und neue Aufstiegswege sind das Ergebnis. Das alles gibt es nicht zum Nulltarif. Bund und Länder verpflichten sich daher, bis 2015

gesamtstaatlich 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Zukunft und damit in Bildung und Forschung zu investieren.

2. Frühkindliche Bildung und Erziehung

Die frühe Kindheit ist eine Zeit der Prägung, die genutzt werden soll. Sie ist zugleich einer Zeit der Entwicklung und der spielerischen Entfaltung, die nicht mit Ansprüchen überfrachtet werden darf. Ein verlässliches familiäres Umfeld ist das beste Fundament. Familien und Bildungseinrichtungen mit altergerechten Angeboten – von den Kindertagesstätten bis zu den Hochschulen – sind die Werkstätten unserer Zukunft.

Die öffentliche Wertschätzung für Familien mit Kindern, für die zahlreichen Lehr- und Erziehungstätigkeiten im privaten und im staatlichen Bereich sowie für bürgerschaftliches Engagement in diesem Bereich gilt es zu fördern. Bildung und Erziehung, Lernen und Leistung brauchen eine breite gesellschaftliche Anerkennung. Eine zentrale Voraussetzung für einen erfolgreichen Bildungsweg ist die Verzahnung von Bildungsstufen und -bereichen. Die CDU setzt sich für eine intensive Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen ein. Eine solche Umgebung erlaubt, Lernschritte frühzeitig aufeinander abzustimmen, um individuellen Bedürfnissen der Kinder Rechnung zu tragen.

- Die CDU will mehr und bessere Betreuungsangebote. Für Kinder unter drei Jahren wird bis 2013 mit Unterstützung des Bundes durch Länder, Kommunen und freie Träger ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen. Danach gilt ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr. Die CDU wird die Zusage einlösen, dass Eltern ab 2013 ein Betreuungsgeld monatlich erhalten, wenn sie keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Das Betreuungsgeld ist unbürokratisch auszugestalten. Wenn die Ausbauziele für die Kinderbetreuungseinrichtungen bereits vor 2013 erreicht werden, wollen wir auch das Betreuungsgeld vorzeitig einführen.
- Die CDU will die Qualität in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erzieher, Tagesmütter und -väter, in der pädagogischen Konzeption und auch in der

Zusammenarbeit mit den Eltern fördern. Unser Ziel ist es, diese Inhalte für Fachkräfte in der Kinderbetreuung gemeinsam mit Ländern und Kommunen praktisch und alltagstauglich zu machen. Wir wollen zwischen Bund, Ländern und den Tarifpartnern konkrete Schritte verabreden, um gut qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen und zu halten.

- Die CDU will den Kindergartenbesuch langfristig beitragsfrei ermöglichen. Voraussetzung ist eine solide und nachhaltige Finanzierung.
- Die CDU will die Bedingungen für den Kinderzuschlag weiter verbessern. Es darf nicht sein, dass erwerbstätige Eltern auf die Grundsicherung angewiesen sind, nur weil sie Kinder haben.

3. Vielfalt der Lernwege – kein Abschluss ohne Anschluss

Zu den Stärken unseres Bildungswesens gehört die Vielfalt an Lernkonzepten und Lernwegen. Die CDU bekennt sich zu einem begabungsgerechten, gegliederten Schulwesen, das sowohl praxis- als auch theorieorientierte Ausbildungsmöglichkeiten eröffnet. Die verschiedenen Wege müssen dabei durchlässig bleiben, Schullaufbahnen möglichst zu jedem Zeitpunkt flexibel sein. Bildungsstandards und eine verstärkte Eigenverantwortung von Schulen und Kindergärten sind hierfür unerlässlich. Die CDU bekennt sich zum Erziehungsauftrag der öffentlichen Schulen in staatlicher und privater Trägerschaft, der über die Vermittlung von Wissen hinausgeht.

Unser Ziel ist, Bildung für alle zu verbessern und darüber hinaus möglichst viele Schülerinnen und Schüler zu Spitzenleistungen zu befähigen. Die verbindliche und überprüfbare Festlegung von Schlüsselkompetenzen und Lerninhalten leistet hierfür einen entscheidenden Beitrag.

- Jede Familie muss sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder bestmöglich gefördert werden. Die CDU will für die Bildungseinrichtungen und Bildungsabschlüsse bundesweite Leistungsmaßstäbe entwickeln und durchsetzen. Wir brauchen einen transparenten und ehrlichen Leistungsvergleich zwischen den Schulen in Deutschland.

- Die CDU tritt dafür ein, dass konfessioneller Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt. Neben dem evangelischen und katholischen Religionsunterricht soll bei Bedarf auch Unterricht in anderen Religionen in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter staatlicher Schulaufsicht angeboten werden. Die Achtung vor Demokratie und Rechtsstaat muss immer wieder neu vermittelt werden. Politische Bildung ist ebenso unverzichtbar.

4. Sprachkompetenz – fordern und fördern

Sprache ist der Generalschlüssel für Bildung und Ausbildung, für die Integration in den Beruf und in die Gesellschaft. Ein erheblicher Anteil der Kinder, insbesondere jener mit Migrationshintergrund, verfügt zu Schulbeginn nur über ungenügende Deutschkenntnisse.

Neben der Beherrschung der deutschen Sprache ist – mit Blick auf das Zusammenwachsen Europas und die Erfordernisse des globalen Wettbewerbs – der Erwerb mindestens einer Fremdsprache ab der ersten Klasse notwendig, auf dem die weiterführenden Schulen aufbauen sollen. Besondere Aufmerksamkeit gilt Hochbegabten, Lernschwachen und Menschen mit Behinderung. Sie brauchen Förderung und Hilfen, die auf ihre individuellen Bedürfnisse eingehen. Den selbstverständlichen Umgang mit der jeweiligen Normalität des Anderen, seinen Stärken und Schwächen, ist Kindern schon früh zu vermitteln, damit Barrieren – vor allem in den Köpfen – gar nicht erst entstehen.

- Gute Bildung für alle braucht Chancengerechtigkeit von Anfang an. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für Bildung und Ausbildung. Die CDU unterstützt die gezielte Sprachförderung vor der Schule, verbindliche Sprachstands-Tests für alle Kinder im Alter ab vier Jahren und eine intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichtsbegleitende Sprachprogramme.
- Bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, Deutsch sprechen können. Um ihrer Erziehungsverantwortung jederzeit nachkommen zu können, sind Migranteltern gefordert, Deutsch zu lernen. Sie tragen Verantwortung dafür, dass ihre Kinder Deutsch lernen sowie für deren kontinuierliche Förderung und

Entwicklung. Der frühe Kontakt zu Kindern mit deutscher Muttersprache ist für den Spracherwerb von Migrantenkindern von großer Bedeutung.

5. Berufliche Bildung, Berufseinstieg und Weiterbildung

Lebenslanges Lernen gehört zu unserem Verständnis vom Menschen. Die Fähigkeit dazu wird am Lebensanfang begründet. Sie muss in Schule und Ausbildung gefördert und durch eine hochwertige und systematische Weiterbildung in allen Phasen des Berufslebens ergänzt werden. Menschen, die das Lernen gelernt und die Freude daran nie verloren haben, sind die Garanten unserer Zukunft in der Wissensgesellschaft. Armut hingegen beginnt vor allem als Bildungsarmut.

Die berufliche Bildung ist ein Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. Rund zwei Drittel der Jugendlichen durchlaufen das berufliche Bildungssystem. Betriebe und Schulen tragen gemeinsam Verantwortung. Das bietet die Grundlage für Einstiegs- und Aufstiegschancen und das lebenslange berufliche Lernen. Die berufliche Bildung hat sich als effektive Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit bewährt.

Es ist beim Lernen wie im Leben. Menschen sind dann besonders motiviert, wenn sie spüren, dass ihr Beitrag ernst genommen wird. Der erste Baustein für erfolgreiches Lernen ist daher Wertschätzung, der zweite Sicherheit und der dritte Offenheit für neue Ideen. An keiner anderen Stelle bietet unser Bildungssystem vergleichbar viele Einstiegsmöglichkeiten und so vielfältige Aufstiegswege. Damit die Attraktivität der dualen Ausbildung erhalten und gestärkt werden kann, muss die Berufsausbildung kontinuierlich modernisiert werden.

- Neue Ausbildungsplätze bleiben auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten unser vorrangiges Ziel. Die CDU will den erfolgreichen Ausbildungspakt mit der Wirtschaft über 2010 hinaus fortführen. Jeder junge Mensch muss die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Das bewährte duale System will die CDU durch die

kontinuierliche Fortentwicklung der Ausbildungsberufe an veränderte wirtschaftliche und technologische Anforderungen anpassen.

- Unser Bildungssystem ist ein starker Teil des europäischen Bildungsraums. Die CDU will Lernerfolge in Deutschland und international besser vergleichbar machen. Damit stärken wir unsere Bildungsabschlüsse, erhöhen die Durchlässigkeit und erleichtern die Mobilität. Oft sind Abschlüsse der deutschen dualen Berufsausbildung ausländischen Studienabschlüssen gleichwertig. Die erworbenen Qualifikationen müssen anerkannt werden, um international Transparenz herzustellen und Mobilität zu erleichtern.

Die Unternehmen brauchen gut ausgebildete, kreative und motivierte Mitarbeiter, um erfolgreich sein zu können. Weiterbildung sichert ihre Beschäftigungs- und Leistungsfähigkeit. Hierzu gehört auch die Verantwortung der Unternehmen, jungen Menschen Ausbildungsplätze anzubieten und die Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern zu ermöglichen. Entscheidend ist daneben die bessere Verzahnung der Erst- und Weiterbildung.

- Die CDU setzt auf Aufstieg durch Bildung und lebenslanges Lernen – unabhängig von finanzieller Lage und sozialer Herkunft. Arbeitnehmer müssen ihre berufliche Weiterqualifizierung verlässlich planen können. Lernzeitkonten will die CDU vor betrieblichen Insolvenzen schützen.
- Berufliche Aus- und Weiterbildung aus Deutschland wird im Ausland verstärkt nachgefragt. Ausbildung und Weiterbildung in Deutschland genießen weltweit einen hervorragenden Ruf. Die CDU will Deutschland zum Weltmeister im Export beruflicher Bildungsangebote machen und die Vermarktung gezielt fördern.

6. Talentschmiede Deutschland

Die Studentinnen und Studenten von heute sind die Wissenschaftler, Ingenieure und Führungskräfte von morgen. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2005 hat die CDU deutlich gemacht, dass Bildung und Wissenschaft Priorität erhalten. Das

heißt konkret: Die unionsgeführte Bundesregierung investiert mehr Geld zur Stärkung der Innovationsfähigkeit, als jemals eine Bundesregierung zuvor.

Die CDU will Deutschlands Stellung als eine international anerkannte Talentschmiede weiterentwickeln und Qualifikationsvorsprünge sichern. Eine grundlegende Voraussetzung für dieses Ziel ist ein differenziertes System von Universitäten, Fachhochschulen, pädagogischen Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen, Berufsakademien und privaten Hochschulen. Kein Hochschultyp darf in seiner Entwicklung behindert werden.

Mehr Qualität durch mehr Wettbewerb und mehr Freiheit für den Wettbewerb – das sind die Kernforderungen der Hochschulpolitik der CDU. Statt Detailsteuerung treten Eigenverantwortung und eine strategische Hochschulpolitik in den Vordergrund. Nur so können die Hochschulen ein eigenes Profil ausbilden, das sie brauchen, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Damit staatliche Hochschulen ihren Aufgaben gerecht werden können, bedarf es einer angemessenen Grundausstattung aus dem Staatshaushalt. Der Hochschulpakt ist ein Impuls für starke Hochschulen.

Exzellenz auch in der Lehre muss zum Selbstverständnis deutscher Hochschulen gehören. Mit sozialverträglichen Studienbeiträgen sollen die Hochschulen ihre Lehrangebote ebenfalls gezielt verbessern und besondere Lehrprofile entwickeln können. Die unionsgeführte Bundesregierung hat die BAföG-Bedarfssätze massiv um 10 Prozent und die Einkommensfreibeträge um 8 Prozent angehoben. Mit dem Studienkredit der KfW Bankengruppe ist ein zusätzliches Förderprogramm für Studentinnen und Studenten aufgelegt. Es schafft größere finanzielle Unabhängigkeit im Studium und ist dabei unabhängig von Einkommenshöhe, Bonität und Kreditsicherheiten. Besonders begabte junge Menschen werden von den Begabtenförderungswerken gefördert. Die Begabtenförderung wurde von rund 80 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 132,3 Millionen Euro im Jahr 2009 angehoben.

- Die CDU wird den Hochschulpakt konsequent umsetzen, und damit ihren Beitrag zur Schaffung notwendiger zusätzlicher Studienplätze leisten. Dies gilt mit Blick auf unser Zukunftsprojekt Gesundheitswesen auch für die medizinischen Fakultäten.
- Mehr Autonomie für die Hochschulen soll Forschung und Lehre in Deutschland attraktiver machen. Die CDU will den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern, auf geringere Studienabbrecherquoten hinwirken und die internationale Attraktivität der deutschen Hochschulen ausbauen.
- Die Reform der Studienstrukturen nach dem "Bologna-Prozess" muss unvoreingenommen überprüft und darf nicht schematisch auf alle Studiengänge erstreckt werden. Wir wollen endlich das Hochschulrahmengesetz abschaffen.
- Die CDU bekennt sich uns zur besonderen Bedeutung der Grundlagenforschung und zu wissenschaftlichen Autonomie. Die CDU wird den "Pakt für Forschung und Innovation" verwirklichen, der verlässliche staatliche Investitionen in Forschung garantiert. Die CDU wird die zweite Runde der Exzellenzinitiative für die Hochschulen und den Hochschulpakt konsequent umsetzen.
- Die CDU wird gezielt dem unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen entgegenwirken.

Auch in der Hochschulpolitik gilt es, die Balance zwischen Bewahren und Erneuern zu halten. Hochschulen sind mehr als nur ein Instrument zur Sicherung unseres Wirtschafts- und Forschungsstandortes. Sie sind Kultureinrichtungen mit Langzeitperspektive. Sie sollen historisches Bewusstsein und Zukunftsverantwortung miteinander verbinden und in die Gesellschaft hinein mit prägender Wirkung vermitteln. Ihr Auftrag und die ethischen Grenzen ihrer Arbeit ergeben sich aus der Verantwortung für die Würde des Menschen und die Bewahrung der Schöpfung. Die nachhaltige Pflege kultureller Traditionen und die naturwissenschaftliche und geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung dürfen durch kurz- und mittelfristige Zweckorientierung von Forschung und Lehre nicht eingeschränkt werden.

- Die CDU setzt auf ein starkes Selbstbewusstsein der Geistes- und Sozialwissenschaften, die zum kulturellen Gedächtnis und zur Gestaltung unserer

Zukunft wichtige Beiträge leisten. Sie fördern die Verankerung und die Diskussion über Werte und schaffen damit Orientierungsangebote. Darüber hinaus eröffnen sie das Verständnis und den Zugang zu anderen Völkern und Kulturen. Wir werden Deutschlands neu geschaffene Nationale Akademie der Wissenschaft für die Politikberatung nutzen.